



IN ÜBER HUNDERT LÄNDERN SETZT SICH DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG FÜR DEN AUFBAU FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHER UND RECHTSSTAATLICHER STRUKTUREN SOWIE DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT EIN. DIE EIGENVERANTWORTUNG AFRIKAS UND DIE PARTNERSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT MIT DEM KONTINENT BILDETEN 2007 EINEN SCHWERPUNKT DER ARBEIT. DANEBEN RÜCKTEN FRAGEN DER ENERGIE-SICHERHEIT UND DES KLIMASCHUTZES VERSTÄRKT IN DEN FOKUS.

IM EINSATZ FÜR DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

Sensible außen- und entwicklungspolitische Fragen rückten 2007 – unterstützt durch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und den G8-Vorsitz – verstärkt in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung. Hierzu gehören Themen wie Hilfe für Afrika, Klimaschutz und Energiesicherheit, die weltweit auch viele Maßnahmen der Internationalen Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung bestimmten.

Neben der klassischen Unterstützung von Parlamenten und politischen Parteien konzentrierte sich die internationale Arbeit der Stiftung auf den Aufbau und Ausbau von Rechtsstaatlichkeit, die Förderung freier Medien, die Schaffung marktwirtschaftlicher Strukturen und die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Über die Hälfte der finanziellen Mittel der Konrad-Adenauer-Stiftung wird für die Internationale Zusammenarbeit aufgewendet. In rund siebzig Auslandsbüros betreuten die Auslandsmitarbeiter und ihre rund 300 Ortskräfte im Jahr 2007 Projekte in über hundert Ländern.

Dabei hat sich bewährt, dass die KAS in den vergangenen Jahren neben der bestehenden regionalen Kompetenz ihre inhaltlich-sektorale Expertise ausgebaut hat. Das Rechtsstaats- und Medienprogramm unterstützt in vielen Ländern die Schaffung und Stärkung des modernen Rechtsstaats sowie die Verbesserung journalistischer Standards. Beim Projekt Globale Ordnungspolitik begleiten Mitarbeiter von der Berliner Zentrale aus Querschnittsaufgaben. Die durch diese übergreifende Methodik gewonnene Kompetenz lässt sich effizient in die entwicklungspolitische Debatte einspeisen.

Zu den Querschnittsaufgaben der Internationalen Zusammenarbeit zählen der interreligiöse Wertedialog, die globale Wirtschafts- und Sozialordnung, Entwicklungspolitik und Menschenrechte und Energie, Umwelt und Ressourcen.

Mit dem Projekt „PASTIS“ hat die Hauptabteilung die Grundlagen für ein modernes Projektabrechnungs-, Steuerungs- und Informationssystem gelegt, das 2008 zunächst in Lateinamerika eingeführt wird. PASTIS ermöglicht die stärkere Verlagerung von Verantwortung auf die dezentralen Einheiten bei gleichzeitig verbesserter Steuerung.

Deutschlandseminare, Fachkonferenzen, Studien- und Informationsprogramme ergänzen und unterstützen als projektbegleitendes Instrumentarium die internationalen Länder- und Regionalprogramme in Deutschland. Die Konrad-Adenauer-Stiftung brachte auf diese Weise ausländische Gäste mit Vertretern und Multiplikatoren aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammen. Das projektbezogene Stipendienprogramm betreute 2007 über 110 Stipendiaten. Die Stipendien werden in der Regel für Aufbaustudien in den Bereichen Verwaltung, Politik und Journalismus vergeben.

Neue Wege beschritt die Hauptabteilung bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit: Der Informationsdienst KAS International berichtet dreimal jährlich über die weltweiten Aktivitäten. Die Thesenpapiere greifen Schwerpunktthemen wie Globale Ordnungspolitik auf und stellen die Positionen der KAS vor.



Die Unterzeichnung des neuen EU-Vertrags am 13. Dezember 2007.

EUROPA/USA

Erfolgskontrolle

Die Erfolgskontrolle ist ein wichtiger Bestandteil der internationalen Arbeit der KAS. Regelmäßige Evaluierungen sowie entwicklungs-politische Studien sind zentrale Maßnahmen der Qualitätssicherung und -verbesserung der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit. Mit ihrer Hilfe werden Erfolge nachvollziehbar, wodurch unsere Arbeit zusätzliche Legitimation erhält. Die Weiterentwicklung des internen Wissensmanagements war 2007 ein Schwerpunkt: Mitarbeiter im In- und Ausland wurden über Ergebnisse und Empfehlungen von Evaluierungsgutachten systematisch informiert. Diese Form des institutionellen Lernens hat zwei Ziele: Weltweit sollen einerseits gute Projektbeispiele übernommen und andererseits Fehlentwicklungen vermieden werden. Dies dient der Effektivität, der Effizienz und der Nachhaltigkeit der entwicklungs-politischen Projekte.

2007 war ein erfolgreiches Jahr: Im Dezember unterzeichneten Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union den unter deutscher Ratspräsidentschaft vorbereiteten EU-Reformvertrag. Die KAS-Büros in Westeuropa widmeten diesem Projekt große Aufmerksamkeit und hoben seinen Nutzen für die weitere europäische Integration durch Publikationen und Veranstaltungen hervor. In Großbritannien, wo besonders die Öffentlichkeit das Verfassungsprojekt stark in Zweifel zog, sollte die Konferenzreihe Bocket Hall Dialogue die europapolitischen Herausforderungen diskutieren und den Diskurs zwischen den Entscheidungsträgern verbessern.

In Frankreich beleuchtete das KAS-Büro in Paris die innenpolitischen Herausforderungen der wirtschafts- und sozialpolitischen Modernisierung sowie die außenpolitische Akzentverschiebung u.a. im Rahmen seines regelmäßigen deutsch-französischen Strategieforums. Die Eröffnung eines neuen Verbindungsbüros in Italien ermöglicht es der Stiftung, die politischen Entwicklungen dort intensiver zu beobachten und die Kontakte auszubauen.

Über die jährlich stattfindende Mittelmeer-Konferenz fördert das Auslandsbüro Spanien den Austausch zwischen den Anrainern zu wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Fragen. Im Fokus stand 2007 die Vernetzung von Gemeinden und Regionen im Mittelmeerraum.

Die Außenstelle Washington trug durch zahlreiche Veranstaltungen dazu bei, die transatlantische Wertepartnerschaft weiter zu verbessern. Ferner wurde der Präsidentschaftswahlkampf beobachtet und analysiert. Die Analyse des Rennens um das Weiße Haus wird 2008 intensiviert und im Internetauftritt der Stiftung dokumentiert.

Die KAS-Büros in Moskau und St. Petersburg haben dazu beigetragen, dass Zukunftsthemen wie islamistischer Fundamentalismus, Terrorismus, Rohstoffsicherheit, demographische Krisen und wachsender wirtschaftlicher Einfluss der asiatischen Großmächte in den partnerschaftlichen russisch-deutschen Dialog einfließen. Darüber hinaus standen die Zusammenarbeit mit der russisch-orthodoxen Kirche, der Menschenrechtsdialog und die Parteienkooperation im Mittelpunkt. Im November eröffnete die Partei „Einiges Russland“ eine Europa-Dependance ihres Zentrums für sozialkonservative Politik, das mit Unterstützung der KAS gegründet worden war. Zusammen mit Jugendorganisationen russischer Parteien führte die Stiftung außerdem Programme zu Demokratie und Bürgergesellschaft durch.

Durch die Eröffnung eines Auslandsbüros in Vilnius/Litauen konnte der Kreis der Partner in Weißrussland erheblich erweitert und das Vertrauensverhältnis zur demokratischen Opposition noch verbessert werden. Parallel zum Länderprogramm startete ein EU-finanziertes Projekt zur Förderung unabhängiger Medien.

In der Ukraine hat die KAS im Wahljahr 2007 einen Schwerpunkt auf die programmatische Kooperation mit den Partnerparteien Nascha Ukraina und BJUT sowie den themen- und sachorientierten Dialog mit der Partei der Regionen gelegt. Die Aufarbeitung der totalitären Vergangenheit wurde im Dialog mit der Zivilgesellschaft aufgegriffen.

In Mittel- und Südosteuropa sowie in den baltischen Staaten standen in der ersten Jahreshälfte mit dem Thema Europäische Integration Veranstaltungen zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Vordergrund. Daneben stellt die Zusammenarbeit mit den EVP-Partnerparteien einen wesentlichen Schwerpunkt der Stiftungsarbeit in der Region dar. In Polen gibt der Sieg der Bürgerplattform PO bei den Parlamentswahlen im Herbst Anlass zur Hoffnung, dass sich die deutsch-polnischen Beziehungen verbessern, worum sich die KAS insbesondere im Jahr 2007 intensiv bemühte.

Rumänien, eines der beiden jüngsten EU-Mitglieder, hat eine turbulente politische Entwicklung erlebt. Die KAS trug dazu bei, auch nach dem Beitritt das Bewusstsein für die Notwendigkeit weiterer Reformen im Transformationsprozess aufrechtzuerhalten.

In Kroatien lag ein Schwerpunkt auf der Stabilisierung und Fortentwicklung der neu gegründeten politischen Stiftung der HDZ, der Stiftung des Kroatischen Staatseides. Diese Zusammenarbeit ist ein wichtiges Instrument, um die Regierungspartei HDZ bei ihrer Entwicklung hin zu einer modernen Volkspartei christlich-demokratischer Prägung zu unterstützen. In Serbien hat sich die Zusammenarbeit der KAS mit den beiden Partnerparteien DSS und G17plus wesentlich vertieft.

Ineffiziente Kompetenzverteilungen und vielfältige Vetomechanismen charakterisieren die Staatsstrukturen Bosnien-Herzegowinas. Ein Gutachten, das die KAS durch das Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht erstellen ließ, leistete einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung der Debatte um die notwendige Verfassungsreform.

ASIEN

Der EU-Außenbeauftragte Javier Solana und ASEAN-Generalsekretär Keng Yong Ong beim EU-ASEAN-Treffen in Nürnberg im März 2007.

Radikale Entwicklungstendenzen in einigen süd- und südostasiatischen Staaten bringen hohes Konfliktpotential in die Region. Die asiatische Ausprägung eines moderaten Islam, wie er auf dem Kontinent überwiegend praktiziert wird, kann daher einen wichtigen Anknüpfungspunkt für einen intensivierten Dialog über Islam und Demokratie bieten. So organisierte das KAS-Büro in Kabul im Sommer 2007 einen Workshop mit angesehenen religiösen Führern Afghanistans, die in der sogenannten Kabuler Resolution Selbstmordattentate als Verbrechen gegen den Islam verurteilten. Seit 2007 ist die KAS in der Region zusätzlich mit einem Verbindungsbüro in Islamabad/Pakistan vertreten.

Auch in Asien erkennen die politischen Entscheidungsträger immer stärker die Notwendigkeit einer regionalen Zusammenarbeit. Mit Unterstützung der KAS haben die ASEAN-Staaten deshalb im Dezember 2007 die ASEAN-Charta als Grundlage einer weitreichenden Integration beschlossen. Die Erfolgsgeschichte der europäischen Integration erkannte die asiatische Seite beim EU-ASEAN-Außenministertreffen im März 2007 in Nürnberg als Vorbild an.

Mit dem Aufstieg Indiens als weiterer Großmacht in Asien müssen die außen- und sicherheitspolitischen Koordinaten neu vermessen werden. Der zweite NATO-India Security Dialogue im Januar 2007 und der trilaterale Dialog zwischen Indien, China und Deutschland im März 2007 dienten dazu, strategische Perzeptionen auszuleuchten und innovative Mechanismen des Ideen- und Informationsaustausches zu schaffen.

Aus Anlass des EU-ASEAN-Außenministertreffens lud die KAS Parlamentarier aus Asien zu einem vielbeachteten Workshop nach Nürnberg ein. Eine Studienreise informierte die Politiker über Fragen der Kooperation und Integration zwischen Gemeinden, Ländern, dem Bund und der EU.

Die geostrategische Bedeutung der Mongolei im Spannungsfeld der Großmächte hat in den letzten Jahren spürbar zugenommen. Das 6. Mongolisch-Deutsche Forum hat aktuelle Einblicke in die Interessenlagen der asiatischen Nachbarstaaten, Europas und der USA gegeben und Handlungsoptionen für die mongolische Außenpolitik aufgezeigt.

In Fragen der europäischen Energiesicherheit sind die Mitglieder des Staatenbunds GUAM wichtige Dialogpartner: Georgien, Ukraine, Aserbaidschan und Moldau standen im Zentrum einer Veranstaltung zu Fragen der künftigen Energieversorgung Europas.



In der Region wird die KAS ihre Aktivitäten nach Eröffnung des Regionalprogramms Südkaukasus im November 2007 mit einem Büro in Tiflis weiter ausbauen.

Das rasante wirtschaftliche Wachstum stellt in den asiatischen Schwellenländern die soziale Frage mit besonderer Dringlichkeit. Das Auslandsbüro Indien bereitet in diesem Zusammenhang eine umfassend angelegte Jugendstudie vor, die – nach dem Vorbild der renommierten Shell-Jugendstudie – Entwicklungen und Tendenzen unter dieser großen Bevölkerungsgruppe darstellen soll. Die Ergebnisse werden 2008 publiziert.

Das Verständnis von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit in Asien stand im Mittelpunkt der Konferenz der KAS-Auslandsmitarbeiter in Manila/Philippinen. Diese Grundwerte sind in vielen asiatischen Gesellschaften bislang noch von geringer Bedeutung, so dass ein westlich orientiertes Wertesystem als Grundlage, beispielsweise bei der Demokratieförderung und beim Modell der Sozialen Marktwirtschaft, noch nicht greifen kann. Regionale Ansätze und Anpassungserfordernisse in der Umsetzung gilt es immer wieder neu zu überprüfen.

Der regionale Austausch zur rechtsstaatlichen Entwicklung in Asien wurde auch 2007 erweitert. Das Verfassungsrichtertreffen fand im vergangenen Jahr in Seoul zu Fragen der Rechtsprechung von Verfassungsgerichten statt. Diese von der KAS regelmäßig initiierten Treffen sind ein hervorragendes Beispiel, wie intraregionaler Erfahrungsaustausch zur Stärkung der Kontrolle von nationalen Exekutiv- und Legislativorganen genutzt werden kann.

AFRIKA SÜDLICH DER SAHARA

Die erhöhte Aufmerksamkeit, die Afrika durch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und den G8-Vorsitz im Jahr 2007 erhielt, nahm die KAS zum Anlass, den Kontinent zum Hauptthema der Mitarbeiterkonferenz Afrika und Naher Osten zu wählen. Aus ihr ging das Thesenpapier „Partnerschaft und Eigenverantwortung“ mit Anregungen für die Zusammenarbeit hervor.

Südafrikas Vorsitz der G20, der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, im Jahr 2007 bot die Gelegenheit, die Beziehungen zwischen Afrikanischer und Europäischer Union weiterzuentwickeln. Das South African Institute for International Affairs (SAIIA) und die Konrad-Adenauer-Stiftung zogen in Brüssel eine erste Bilanz der südafrikanischen und deutschen Vorsitze und beleuchteten die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA), über die seit mehreren Jahren verhandelt wird.

Nigeria erlebte im Jahr 2007 erstmals seit seiner Unabhängigkeit die Übergabe der Amtsgeschäfte von einem gewählten Präsidenten an einen gewählten Nachfolger.

In Nigeria, dem bevölkerungsreichsten Land Afrikas, arbeitet die KAS mit vier regionalen Parlamenten zusammen – weitere haben ihr Interesse an Fortbildung und Beratung bekundet. Von drei Radiostationen aus, je einer im Kernland der großen Ethnien Hausa-Fulani, Yoruba und Ibo, erreicht die Stiftung mit ihren Sendungen über politische Ereignisse und Möglichkeiten der Beteiligung Millionen Hörer.

Im April fand in Lomé, Togo, erstmals eine Konferenz für die jungen Führungskräfte des afrikanischen Parteienbündnisses „Union des Partis Africains pour la Démocratie et le Développement“ (UPADD) statt. In Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung hatte die Westafrika-Sektion von UPADD ihren Führungsnachwuchs eingeladen, um sich über das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft zu informieren.

Nach den Wahlen des Jahres 2006 in der DR Kongo, durch die die politischen Institutionen erstmals eine demokratische Legitimation erfahren haben, gilt es, den Demokratisierungsprozess fortzuführen. In dieser Phase des Übergangs setzte die KAS bei der Aus- und Fortbildung von Parlamentariern besonders darauf, die Kompetenz hinsichtlich der Gesetzgebung zu stärken.

Der neugeschaffene Afrikanische Menschenrechtsgerichtshof soll im Jahr 2008 seine Arbeit aufnehmen. Im Mai 2007 führte das Rechtsstaatsprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung ein Informationsprogramm für elf Richter des Gerichtshofs mit Gesprächen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, beim Bundesver-

fassungsgericht, dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte und der Weltbank durch. Die besuchten Institutionen sagten ihre Unterstützung zur Aufnahme der Arbeit des Menschenrechtsgerichtshofs zu.

NAHER OSTEN UND NORDAFRIKA

Israelis und Palästinenser beschlossen am 27. November auf der internationalen Friedenskonferenz in Annapolis in den USA neue Friedensverhandlungen und weckten so die Hoffnung auf mehr Sicherheit, Stabilität und Wohlstand für die gesamte Region. Um zum Gelingen der Konferenz beizutragen, führten die KAS-Büros Ramallah und Jerusalem im Vorfeld eine israelisch-palästinensische Delegation nach Washington, um Verhandlungsspielräume auszuloten. Die weitere Begleitung des Friedensprozesses ist erklärtes Ziel der Stiftung.

Das deutsch-israelische Verhältnis hat sich weiter positiv entwickelt: Laut einer Umfrage der KAS Jerusalem stehen zwei Drittel der Israelis Deutschland positiv gegenüber und befürworten eine stärkere Rolle Deutschlands in der EU. Bundeskanzlerin Angela Merkel zählt in Israel zu den beliebtesten europäischen Politikern.

Die KAS Jerusalem brachte ihre langjährigen Erfahrungen im Bereich der Friedenserziehung in ein im April 2007 gestartetes EU-Programm zur Friedenserziehung an israelischen, palästinensischen und jordanischen Schulen ein.
<http://www.civicedu.org>

In den palästinensischen Autonomiegebieten setzt sich die KAS, unterstützt durch die EU, gemeinsam mit dem lokalen Partner von Transparency International, AMAN, für die Bekämpfung der Korruption ein. Ein Meilenstein 2007 war die Gründung des Bündnisses „Nichtregierungsorganisationen gegen Korruption“. Die rund hundert palästinensischen Organisationen, die sich dem anschlossen, unterzeichneten einen Verhaltenskodex und wollen durch verantwortungsvolles Verhalten die palästinensische Zivilgesellschaft stärken und zu guter Regierungsführung beitragen.

In der Türkei stellten die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen erneut die politische Stabilität unter Beweis. Da das Land immer stärker als wichtiger Akteur in der Region gilt, baut die KAS in Ankara ihre Think-Tank- und Experten-Netzwerke regional aus. Beispielhaft ist die zum 21. Mal durchgeführte Deutsch-Türkische Journalistenkonferenz, die sich mit der Rolle der Türkei als Vermittler zwischen Ost und West befasste. Ein internationaler Think-Tank-Workshop widmete sich der stabilisierenden Rolle der Türkei im Kaukasus.

Das Regionalprogramm Nahost/Mittelmeer startete 2007 eine Kampagne, um die arabische Öffentlichkeit mit den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft vertraut zu machen. Außerdem standen aktuelle Themen wie Migration und Terrorismus, Religion und Reform sowie Islam und Verfassungsstaat im Mittelpunkt diverser Aktivitäten. Als besonderer Erfolg gilt der Abschluss des Rahmenabkommens zwischen der KAS und der Arabischen Liga für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (ALECSO), das die künftige deutsch-arabische Kooperation im Bildungsbereich fördern soll.

Das Länderprogramm Ägypten konzentrierte sich im Berichtsjahr darauf, die Möglichkeiten zur politischen und gesellschaftlichen Teilhabe für benachteiligte Bevölkerungsschichten zu verbessern. Sommerschulen bereiteten junge Ägypter aus allen Schichten und Konfessionen auf Führungsaufgaben vor.

Das Länderprogramm Marokko/Algerien führte seine Zusammenarbeit mit dem Innenministerium sowie mit der Vereinigung der Personalverantwortlichen fort, um Dezentralisierungs- und Modernisierungsprozesse in Verwaltung und Wirtschaft zu unterstützen. Mit Partnern aus der Zivilgesellschaft wurden Maßnahmen zu den europäisch-marokkanischen Beziehungen sowie zum interreligiösen Dialog durchgeführt. In Algerien wurde eine Akademie für Führungskräfte in Zusammenarbeit mit der AHK Algier ins Leben gerufen.



ALECSO-Generaldirektor Mongi Bousnina (l) und Professor Bernhard Vogel, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

LATEINAMERIKA

Die politische Entwicklung in Lateinamerika driftet auch 2007 weiter auseinander: Die populistischen Regime in Venezuela und Bolivien, aber auch in Ecuador und Nicaragua verwandeln sich weiter zu autoritären und nationalistischen Regierungsformen. Die demokratischen Regierungen stehen vor der Herausforderung, ihre Problemlösungsfähigkeit insbesondere in der sozialen Frage zu verbessern. Die Arbeit der KAS konzentriert sich daher auf die Stärkung der demokratischen Institutionen, die Ausbildung der politischen Akteure und die positive Beeinflussung der entwicklungspolitischen Rahmenbedingungen.

Im Rahmen des regionalen Rechtsstaatsprogramms ist das XIV. Lateinamerikanische Verfassungsrichtertreffen in Peru mit Beteiligung deutscher Experten von Bundesgerichtshof und -verfassungsgericht hervorzuheben. Das regionale Medienprogramm widmete sich der Vertiefung der politischen Kommunikation, u.a. für Indigene. Ferner fand eine Studie zur Berichterstattung über die Armutsproblematik in Lateinamerika viel Beachtung. Im Bereich des Regionalprojektes Sozialordnungspolitik (SOPLA) standen die Kooperation mit der lateinamerikanischen Bischofskonferenz CELAM zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen sowie die Vertiefung der Diskussion über Reformen des Bildungswesens und die Diskussion über sozialpolitische Reformen zur Vereinbarkeit von Wachstum und sozialem Fortschritt im Mittelpunkt.

*Favela (Armenviertel)
im Stadtzentrum
von São Paulo.*



Zentraler Baustein der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko ist die Kooperation mit der Partnerpartei PAN, ihren Stiftungen, Unterorganisationen und Parlamentsfraktionen. Daneben spielten der Dialog mit Deutschland und Europa, die Förderung ordnungspolitischer Konzepte und die kommunalpolitische Arbeit mit dem Gemeindeverband AMMAC eine herausragende Rolle.

Das Regionalprojekt Zentralamerika widmete sich der parteipolitischen Bildungs- und Beratungsarbeit sowie der Stärkung der Wahlbehörden, der Schulung von Maya-Bürgermeistern und führte Seminare zur zentralamerikanischen Integration im Kontext der Assoziierungsverhandlungen mit der EU durch.



*Demonstration der
Oppositionsbewegung in
Caracas, Venezuela.*

In Venezuela stand die Zusammenarbeit mit politischen und zivilgesellschaftlichen Kräften der Opposition im Mittelpunkt. Dialogmaßnahmen zur sozialen Ordnungspolitik und die Wertediskussion bildeten dabei die Schwerpunkte. Während in Bolivien die Frage der Gewaltenteilung, des politischen Pluralismus und der Parteiendemokratie thematisiert wurde, kamen in Peru vorrangig wertebezogene Programme für den politischen Nachwuchs und Fragen der gesellschaftspolitischen Partizipation zum Tragen.

In Kolumbien bildete die KAS Wahlbeobachter für die Regionalwahlen aus und behandelte die Thematik der sozialen Verantwortung von Unternehmern. Ebenso standen die parteipolitischen Bildungsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit der konservativen Partei im Fokus. In Ecuador ist insbesondere die internationale Konferenz zur sozialen Verantwortung von Eliten mit dem Vorsitzenden der päpstlichen Kommission *Justitia et Pax*, Kardinal Renato Martino, hervorzuheben.

Die Arbeit in Chile konzentrierte sich auf die Unterstützung der christlich-demokratischen Partei PDC bei der Formulierung eines neuen Grundsatzprogramms. In Argentinien war die KAS daran beteiligt, das Modell der Bundespressekonferenz als Mechanismus zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Medien und Politik zu etablieren. Ferner wurde der Demokratieindex *IDD-Lat 2007* erstellt und mit beachtlichem Medienecho vorgestellt.

In Brasilien sind die Veranstaltungen im Kontext des 50. Jahrestages der Römischen Verträge, die IV. sicherheitspolitische Konferenz in Rio sowie das Forum Brasilien-Europa in Recife hervorzuheben. Regionale Bedeutung hatte ferner das Dialogprogramm zwischen Parteien und Zivilgesellschaft im *Cono Sur*.